

Beschluss-(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Hannes TABORSKY, Ingrid KOROSEC und Markus GRIESSLER, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 28.01.2021 zu Post 83 der Tagesordnung

betreffend EU-Impfzertifikat

Der jüngste Vorstoß des griechischen Regierungschefs, Kyriakos Mitsotakis, vor dem Hintergrund der COVID-19-Impfungen auf europäischer Ebene ein einheitliches, EU-weit geltendes Impfzertifikat abzustimmen und in weiterer Folge zu implementieren, wurde in zahlreichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union begrüßt. Auch die österreichische Bundesregierung bzw. die ressortverantwortliche Europaministerin Karoline Edtstadler steht diesen Überlegungen ausdrücklich positiv gegenüber.

Ein EU-weit abgestimmtes Impfzertifikat stellt ein sinnvolles Instrument dar, um nach Eindämmung des Virus einen weiteren Schritt in Richtung Normalität zu setzen. Vor diesem Hintergrund ist eine möglichst rasche Koordinierung unter den Mitgliedsstaaten zur Schaffung einheitlicher Standards notwendig. Gewährleistet muss in diesem Zusammenhang jedenfalls sein, dass die COVID-19-Impfung weiterhin auf freiwilliger Basis zur Verfügung gestellt wird bzw. die Einführung eines derartigen Zertifikats nicht zu einer Diskriminierung jener Personen führt, die aufgrund von etwaigen Kapazitätsproblemen noch nicht geimpft werden konnten.

Welche konkreten Möglichkeiten sich für den jeweiligen immunisierten Inhaber bzw. die jeweilige Inhaberin des EU-Impfzertifikats schließlich ergeben, muss im Rahmen von Verhandlungen auf europäischer Ebene geklärt werden. Mobilität ist eine zentrale Säule des EU-Binnenmarkts. Ein EU-Impfzertifikat, das die grundsätzlichen datenschutzrechtlichen Bestimmungen erfüllt, kann daher ein wertvoller Beitrag zur Wiederherstellung der Reisefreiheit und zum wirtschaftlichen Aufschwung Europas sein.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat unterstützt ausdrücklich die Bestrebungen auf Ebene der Europäischen Union, vor dem Hintergrund der COVID-19-Impfungen ein einheitliches und EU-weit gültiges Impfzertifikat auszuhandeln, um nicht zuletzt einen wesentlichen Beitrag zur Wiederbelebung des Tourismus in europäischen Ländern und Städten zu leisten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 28.01.2021